53. Jahrgang. № 55. Mittwoch, 24. Februar 1909.

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druck und Verlag von Liepsch & Reichardt in Dresden.

Bezugsgebühr vierteljährl. für Dresden bei täglich zweimaliger Zutragung (an Sonn- und Montagen nur einmal) 2,50 Mk., durch auswärtige Kommissionäre 3,50 Mk. Bei einmaliger Auftragung durch die Post 3 Mk. (ohne Bestellgeld). Die den Lesern von Dresden u. Umgebung am Tage vorher zugestellten Abend-Ausgaben erhalten die auswärtigen Bezieher mit der Morgen-Ausgabe zusammen zugestellt. Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresd. Nachr.") zulässig. — Unverlangte Manuskripte werden nicht aufbewahrt.

Anzeigen-Tarif Annahme von Ankündigungen bis vorm. 10 Uhr, Sonntags nur Marienstraße 38 von 11 bis 1/2 1 Uhr. Preis einspaltige Grundzeile (ca. 8 Silben) 25 Pf. Familien-Nachrichten aus Dresden 20 Pf., Geschäfts-Anzeigen mit privatem Inhalt 30 Pf.; die zweispaltige Zeile a. Textseite 60 Pf. — An Sonn- u. Feiertagen die einspaltige Grundzeile 30 Pf., auf Privatseite 40 Pf., Familien-Nachrichten a. Dresden die Grundzeile 20 Pf. — Auswärtige Aufträge nur gegen Vorausbezahlung. — Jedes Belegblatt kostet 10 Pf.

Telegramm-Adresse: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher: 11 • 2096 • 3601.

Hauptgeschäftsstelle: Marienstraße 38/40.

Lobeck & Co. Hoflieferanten Sr. Maj. d. Königs v. Sachsen. | **Carola-Chocolade.** Einzelverkauf: Dresden, Altmarkt 2.

Madenwürmer, Spulwürmer, auch Askariden genannt, werden auch in hartnäckigen Fällen beseitigt durch das spezifisch wirkende neue „Madenwurmmittel „Antiverm". Mit genauer Anweisung Mark 1,20, bei Einsendung von Mark 1,40 franko. Depot und Versand: **Löwen-Apotheke, Dresden, Altmarkt.**

Ullrichs Pianinos sind vorzüglich, dabei sehr preiswürdig. Pirnaische Strasse 1 (am Pirnaischen Platz).

Techn. Gummiwaren für alle Arten Betriebe. Dichtungen, Gasbeutel, Schläuche, Transportmäntel etc. etc. **Reinhardt Leupolt, Gummiwarenfabrik,** Dresden-A., Wettinerstrasse 26. Telephon 289.

Hahn Nachf. Inhaber: E. Müller **Hofphotogr.** Dresden-A. Ferdinandstrasse 11. 12 Visit 6 Mk. Höchste Auszeichnungen auf nationalen und internationalen Ausstellungen.

Für eilige Leser.

Mutmaßliche Witterung: Mild, Schnee.

Der „Newyork-Times" zufolge bestehe das Projekt eines Besuches des deutschen Kronprinzen in Amerika.

Kapitän Berger wurde zu einer Gesamtstrafe von 5000 Mark, Dr. Ilgenstein zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt.

Der Ankauf des Schlosses Jägerhof durch die Stadt Düsseldorf für 1 100 000 Mark ist, wie verlautet, gesichert.

Der schweizerische Bundesrat hat erklärt, der Bund werde am 1. Mai auch ohne Einwilligung der Gotthardbahn vom Gotthardbahnnetz Besitz ergreifen.

Tittoni hat, der „Stampa" zufolge, abermals seine Demission angeboten, der Folge gegeben wurde.

Die Pforte soll den russischen Finanzvorschlag abgelehnt haben.

Unter den Soldaten der Garnison Vannes ist der Typhus ausgebrochen.

Kriegsgefahren.

Die Lage im Orient zeigt wieder ein hochkritisches Gesicht, und allgemein wird die Frage erörtert, ob es zum Kriege kommt oder nicht: jedenfalls riecht es wieder einmal stark nach Pulver in der Welt. Man hat seitens der Großmächte zu lange gezögert, statt rechtzeitig mit einer durchgreifenden Vermittlungsaktion einzusetzen. Schon als die Reibereien zwischen der Türkei und Oesterreich-Ungarn spielten, wurde dieser Fehler gemacht, dessen bedrohliche Wirkungen durch die englischen Umtriebe in Konstantinopel leicht hätten verhängnisvoll werden können. Nun ist die türkisch-österreichische Spannung durch direkte Verständigung zwischen beiden Mächten glücklich beseitigt, aber im Nu tauchten neue Schwierigkeiten auf, fast noch größer als die eben überwundenen. Die schleichende Krisis zwischen Oesterreich-Ungarn und Serbien, sowie der bisher unausgeglichene Gegensatz zwischen der Türkei und Bulgarien werfen schwere dunkle Schatten auf die internationale Lage. Auch hier hat man mit gemeinsamen diplomatischen Vorstellungen zu lange gewartet, statt in Belgrad, Konstantinopel und Sofia einen sanften Druck auszuüben, der im ersten Stadium der Verwicklungen seinen Erfolg sicher nicht verfehlt hätte. Wenn jetzt Herr Pichon in Paris im Einvernehmen mit England, Italien und Deutschland eine Aktion ins Werk setzen will, um zwischen Oesterreich-Ungarn und Serbien zu vermitteln, so ist der Versuch dazu gewiß sehr erfreulich im Interesse des Friedens, ob er aber bei der jetzigen hysterischen Erhitzung der serbischen Gernegroße noch viel nützen wird, bleibt abzuwarten. Mit Recht weist die gesamte Presse in Oesterreich und Ungarn darauf hin, daß die Bemühungen der Mächte sich lediglich darauf richten könnten, die Serben zur Vernunft zu bringen; in Wien sei nichts zu vermitteln, denn dort habe man keinen Wandel in dem überaus nachsichtigen und geduldigen Verhalten gegen Serbien eintreten lassen und zu anderen als den bereits gemachten wirtschaftlichen Zugeständnissen werde man sich auf keinen Fall verstehen. Wie zugespitzt die Lage ist, zeigt deutlich die in Wien gehegte Absicht, den österreichisch-ungarischen Gesandten in Belgrad — allerdings in der milderen Form eines Urlaubs — zeitweilig abzuberufen: tatsächlich käme das einem Abbruch der beiderseitigen Beziehungen gleich. Noch ist es nicht soweit, aber es kann jeden Tag zur Wirklichkeit werden. Oesterreichs Geduld ist ihrem Ende nahe, denn trotz des ehrlichen Willens, an der Politik des Friedens bis zu den äußersten Grenzen der Zulässigkeit festzuhalten, kann doch schneller als man glaubt der Moment eintreten, wo die Umstände sich mächtiger als der beste Friedenswille erweisen. Die fieberhaften kriegerischen Rüstungen Serbiens und die Drohungen seiner verantwortlichen und unverantwortlichen Politiker haben Oesterreich-Ungarn gezwungen, nun schon seit Monaten einen verstärkten militärischen Grenzschutz Serbien gegenüber zu organisieren und dafür über zweihundert Millionen Kronen zu opfern.

Gewiß kann man von einem Großstaat, wie Oesterreich-Ungarn es ist, verlangen, daß er im Interesse des europäischen Friedens auch größere Geldopfer nicht scheut, zumal die habsburgische Doppelmonarchie mit der Annexion Bosniens und der Herzegowina die Orientfrage mit hat aufrollen helfen, aber, wie überall, gibt es auch hier eine Grenze. Sie scheint erreicht zu sein, denn endlos kann der Zustand höchster Spannung zwischen Wien und Belgrad nicht dauern; endlos kann weder Oesterreich-Ungarn noch Serbien die jetzigen großen finanziellen Aufwendungen für militärische Zwecke durchhalten, ohne sich schweren Schädigungen auszusetzen. Früher oder später muß das entscheidende Entweder—oder eintreten, das, wie die Verhältnisse nun einmal liegen, wahrscheinlich eher zu einer kriegerischen Explosion als zu einem friedlichen Ausgleich führen dürfte, wenn es der Vermittlung der Großmächte nicht noch in zwölfter Stunde gelingen sollte, die schier unvermeidliche Katastrophe abzuwenden. Das ist aber leider um so weniger zu erwarten, als das Konzert der Mächte an der plötzlich erfolgten diplomatischen Diversion Rußlands in die Brüche zu gehen droht: hier liegt die eigentliche Gefahr! Was könnte an sich das kleine gernegroße Serbien — selbst in Bundesgenossenschaft mit Montenegro, die aber noch keineswegs sicher ist — gegen Oesterreich-Ungarn ausrichten? Am 1. März soll die Armee unseres Verbündeten, sicheren Nachrichten aus Wien zufolge, für alle Fälle vorbereitet dastehen. Es wäre bei der numerischen, moralischen und taktischen Ueberlegenheit des österreichisch-ungarischen Heeres nur ein kurzer Feldzug, der in Aussicht stände, wenn nicht — Rußland mehr oder weniger versteckte Gelüste zeigte, sich der Serben gegen Oesterreich-Ungarn anzunehmen. Das Zarenreich hat sich in letzter Zeit — offenbar dem Zug panslawistischer Neigungen folgend — zu einer Politik entschlossen, die sich nicht nur von den anderen Mächten absondert, sondern sich zu ihnen sogar in offenem Gegensatz stellt. Selbst der von seinem französischen Verbündeten geplanten Vermittlungsaktion zwischen Wien und Belgrad will sich Rußland nicht anschließen, sondern Politik auf eigene Faust treiben. Diese Politik kommt aber, bei Lichte besehen, auf eine Stärkung der serbischen Anmaßungen bezüglich territorialer Entschädigung und damit auf eine schwere Bedrohung des europäischen Friedens hinaus. Nachdem Oesterreich-Ungarn und die Türkei sich direkt geeinigt hatten, war in Belgrad sofort ein schnelles Sinken der kriegerischen Temperatur zu beobachten; wenn sie jetzt plötzlich wieder hochgeschnellt ist, so dürfte dieses Rätsel gelöst sein: Rußland steht hinter Serbien ebenso, wie es allein von allen Mächten bereits die Zustimmung zur Selbständigkeitserklärung Bulgariens gegeben und den Fürsten Ferdinand mit königlichen Ehren in Petersburg empfangen hat. Der Grund hiervon: Rußland will seinen alten, früheren Einfluß bei den „kleinen slawischen Brüdern" auf dem Balkan wiedergewinnen, ihnen als „Befreier" erscheinen, um sowohl gegen Oesterreich-Ungarn, wie gegen die Türkei eine bessere diplomatische und militärische Front für die Zukunft zu gewinnen. Gerade die Anerkennung Bulgariens als selbständiges Königreich, mit welchem Prävenire Rußland nicht nur der Türkei, sondern den anderen Signatarmächten des Berliner Vertrages vor den Kopf gestoßen hat, zeigt mit aller Evidenz, daß man in Petersburg um jeden Preis bemüht ist, die Balkanstaaten in das alte russische Fahrwasser zurückzuführen.

So verständlich dies Bestreben auch vom russischen Standpunkt aus ist, so gefahrvoll scheint es für die Sache des Friedens. Auch wir in Deutschland haben allen Grund, die sich jetzt abspielenden Vorgänge in der Orientfrage mit höchster Aufmerksamkeit zu verfolgen. Sollten Oesterreich-Ungarn und Serbien kriegerisch aneinander geraten, so ist diese Episode für uns belanglos. Fraglich ist aber, ob ein serbisch-österreichischer Krieg nicht ein gleichzeitiges Aufflammen des Panslawismus in Rußland und damit dessen kriegerisches Eingreifen gegen Oesterreich zur Folge hat. Wie die Ereignisse kurz vor Ausbruch des russisch-türkischen Krieges 1877 bewiesen haben, ist der russische Panslawismus eine Macht, mit deren mitbestimmendem Einfluß auf den Gang der Petersburger Politik man wohl oder übel rechnen muß; auch damals wollten der Zar und seine verantwortlichen Ratgeber einen Krieg vermeiden, die panslawistische Flutwelle jedoch zwang ihre Entschlüsse gegen ihren Willen in andere Bahnen. Derartiges kann sich auch heute wiederholen; die russische Presse hat in den letzten Wochen angesichts der Vorgänge auf dem Balkan auffallend oft das verhetzende Schlagwort vom „Verzweiflungskampf der slawischen Rasse" in die Oeffentlichkeit geworfen; zu keinem anderen Zwecke, als die Geister zu mobilisieren und die allgemeine Stimmung für einen Krieg vorzubereiten. Wird die russische Regierung diesem Treiben standhalten oder wird sie sich zu folgenschwersten Schritten hinreißen lassen? Krieg oder Frieden, das ist hier die Frage. Rußland ist für kriegerische Aktionen gewiß nicht, weder finanziell noch militärisch, hinlänglich gerüstet, aber wer kann wissen, ob es sich nicht trotzdem auf Seite Serbiens stellt, wenn es zum Kriege zwischen Oesterreich-Ungarn und Serbien kommen sollte? In dieser Frage liegt der Angelpunkt der jetzigen Situation, und niemand wird leugnen, daß sie sehr kritisch ist. Wird Oesterreich-Ungarn aber von Rußland angegriffen, so tritt für Deutschland eventuell der Bündnisfall ein, denn ein Artikel des deutsch-österreichischen Bündnisses lautet:

„Sollte wider Verhoffen und gegen den aufrichtigen Wunsch der beiden hohen Kontrahenten eines der beiden Reiche von seiten Rußlands angegriffen werden, so sind die hohen Kontrahenten verpflichtet, einander mit der gesamten Kriegsmacht ihrer Reiche beizustehen und demgemäß den Frieden nur gemeinsam und übereinstimmend zu schließen."

In dieser Fassung zitiert wenigstens die „Wiener Neue Presse" diesen Passus in einem an die Adresse Rußlands gerichteten sehr ernsten Leitartikel. Ob die österreichischerseits angeführte Formulierung in dieser Allgemeinheit zutreffend ist, möchten wir dahingestellt sein lassen, denn nach Bismarcks Andeutungen besteht eine Klausel, wonach der Bündnisfall nur dann eintritt, wenn sich der Angriff gegen das Territorium des verbündeten Staates richtet.

Die Serben scheinen sich der russischen Hilfe ziemlich sicher zu fühlen, denn in dem letzten Communiqué der Regierung heißt es: „Wenn die Drohungen und Beleidigungen der österreichisch-ungarischen Presse die Vorläufer einer diplomatischen Aktion Oesterreich-Ungarns sind, dann werden wir unumwunden erklären, daß diese Aktion ein Vorwand zur Verwirklichung der zweiten Etappe in dem eroberungssüchtigen Balkanprogramm Oesterreich-Ungarns ist, nach welchem Serbien gleich nach Bosnien und der Herzegowina als Raubobjekt figuriert. Serbien wird sich einem solchen Versuche mit allen Kräften entgegenstellen. Wir zweifeln daran, daß Serbien in diesem Falle isoliert bleibe, nicht nur, weil wir nicht glauben, daß jetzt zu Beginn des 20. Jahrhunderts das Faustrecht wiedererstanden ist, sondern weil wir hierfür auch einige positivere Gründe haben." Der Inhalt des Communiqués zeigt die ganze Haltlosigkeit der serbischen Regierung, die, um ihr gewissenloses Treiben zu rechtfertigen, Oesterreich-Ungarn der Raubpolitik verdächtigt. Letzteres hat ausdrücklich erklärt, daß es trotz eines Sieges über Serbien niemals an eine Gebietserwerbung denken wird.

Wohin man die Blicke auch richten mag, wir stehen vor entscheidenden Ereignissen, und niemand kann wissen, ob schließlich nicht Deutschland selbst in den Strudel mit hineingezogen wird. Unsere Diplomatie wird alles aufbieten müssen, um die schlimmste, die kriegerische Möglichkeit abzuwehren, denn allzu populär wäre ein Kriegsfall in Deutschland sicher nicht, der in einem Eintreten für Oesterreich-Ungarn wegen der Annexion Bosniens und der Herzegowina seinen letzten Grund hätte.

Neueste Drahtmeldungen vom 23. Februar.

Besuch des deutschen Kronprinzen in Amerika?

Newyork. (Priv.-Tel.) Die „Newyork-Times" veröffentlichen einen Artikel, demzufolge ein Projekt des Besuches des Kronprinzen in den Vereinigten Staaten bereits seit August v. J. bestehe. Seitdem Prinz Heinrich von Preußen in Amerika war, hege der Kronprinz den lebhaften Wunsch, die Vereinigten Staaten zu besuchen. Falls der Kronprinz seinen Plan ausführt, wird der Besuch im August d. J. erfolgen, wenn die amerikanische Segelsaison ihren Höhepunkt erreicht. Das Programm sieht vor, daß der Kronprinz nur private Gastfreundschaft genießt. Der Besuch werde einen gänzlich unoffiziellen Charakter, ohne jeden politischen Hintergrund, tragen. Wie das Blatt weiter meldet, wird die Kronprinzessin ihren Gemahl auf dieser Fahrt nicht begleiten.

Vereinigung der Steuer- und Wirtschaftsreformer.

Berlin. (Priv.-Tel.) In der heutigen Generalversammlung kam es zu lebhaften Auftritten. Prof. Gerlach-Königsberg und Kammerherr Freiherr zu Putlitz referierten über die Reichsfinanzreform und schlugen Resolutionen vor, in denen verlangt wird, daß das Reich sich zur Deckung seines finanziellen Bedarfs auf Verbrauchs- und Verkehrssteuern beschränke und die Besteuerung des Einkommens und Vermögens den Einzelstaaten nicht entzogen werden dürfe. Auch die Erbschaftssteuer sei ein Einbruch des Reiches in das Gebiet der direkten den Bundesstaaten zustehenden Steuern. Sie sei vom ethischen Standpunkte aus ungemein gefährlich. An der Diskussion nahm auch Professor Dr. Adolf Wagner